



Mittwoch, 22. Oktober 2025, 15:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Das Déjà-vu des Scheiterns

Ein von außen herbei geführter Regimewechsel im Iran hätte sehr wahrscheinlich kein demokratisches Staatsgebilde zur Folge, sondern einen Zusammenbruch.

von David Parsian
Foto: VittoriaChe/Shutterstock.com

Dass der Iran insbesondere den Vereinigten Staaten seit Jahren ein Dorn im Auge ist, ist wohl kaum mehr

erwähnenswert. Die amerikanischen Angriffe aus dem Sommer stellen dabei nur den vorläufigen Höhepunkt einer äußerst angespannten Beziehung dar. Die Frage dabei lautet: Wie weit sind die USA und mit ihnen der Westen bereit, militärisch zu gehen, um das feindliche Mullah-Regime zu beseitigen, und kommt vielleicht sogar eine Intervention, wie etwa in Libyen oder dem Irak infrage? Das Schicksal dieser Länder dürfte Antwort genug sein, doch die westliche Hybris scheint keine Grenzen zu kennen.

Die Renaissance der Interventionslogik und das Iran-Paradoxon

Die außenpolitische Debatte im Westen erlebt eine

beunruhigende Renaissance des Interventionismus, insbesondere im Hinblick auf die Islamische Republik Iran. Angesichts der anhaltenden Spannungen im Nahen Osten, die von Nuklearambitionen und der Unterstützung von Stellvertretergruppen angetrieben werden (1), haben einflussreiche westliche Thinktanks den Regimewechsel als primäres strategisches Ziel definiert (2, 3).

Der neue Konsens zur Konfrontation

Strategiepapiere, wie jene der Henry Jackson Society (HJS), argumentieren explizit, dass der Zusammenbruch des Mullah-Regimes eine Notwendigkeit für die regionale Stabilität darstelle (2, 4). Diese Forderung markiert eine signifikante Verschiebung, bei der

der Regimewechsel nicht mehr als mögliche unbeabsichtigte Folge, sondern als aktiver und notwendiger strategischer Imperativ positioniert wird (5).

Diese Sichtweise stützt sich auf die Annahme, dass gezielte militärische Schläge wie ein fiktiver „12 Day War“ im Juni 2025 eine erfolgreiche Destabilisierung bewirkt hätten, indem sie Nuklearanlagen und Kommandeure der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) ins Visier nahmen (2, 6). Diese Aktionen hätten das strategische Kalkül des Regimes untergraben und das Regime als „brüchig“ entlarvt, weshalb nun der Moment für einen Umsturz gekommen sei (4). Die aggressive Strategie wurde demnach durch einen strategischen Schwenk in den USA ermöglicht, die von der Deeskalation zu einer Unterstützung militärischer Schläge überging (6).

Innere Dynamiken und externe Wahrnehmung

Im Gegensatz zu den externen Interventionsplänen steht der starke Wunsch der iranischen Bevölkerung nach Wandel. Seit den Protesten von 2017 und intensiviert durch den Tod von Mahsa Amini im Jahr 2022, hat sich die Stimmung im Iran von der Forderung nach inneren Reformen hin zu einem überwältigenden Ruf nach einem Ende des klerikalen Establishments und der Schaffung einer säkularen Demokratie verschoben (7, 8).

Die beste Hoffnung für den Iran liegt demnach in der eigenen Zivilgesellschaft, die in der Lage ist, das Regime von innen zu stürzen und eine gerechtere, säkulare Gesellschaft aufzubauen (7, 9). Hier liegt die Spannung: Während die iranische Bevölkerung einen Bottom-up-Druck für einen säkularen Wandel ausübt (8), befürworten westliche Hardliner einen militärisch

erzwungenen Wandel, einen sogenannten Top-down-Zwang (4, 7).

Externe militärische Aktionen untergraben den zivilgesellschaftlichen Wandel, indem sie dem autoritären Regime einen externen Feind liefern, der die Repression rechtfertigt (9, 10). Die Konsequenz ist, dass die westliche Politik Gefahr läuft, die Ergebnisse der inneriranischen Bewegung durch die Unterstützung einer Methode der militärischen Destabilisierung zu torpedieren, die in der Vergangenheit ausschließlich Chaos produziert hat (11).

Die Anatomie der Intervention

Die Befürworter eines externen Regimewechsels stützen sich auf detaillierte Aktionspläne, die darauf abzielen, die inneren Schwachstellen des Regimes auszunutzen und gleichzeitig die Gefahr eines Staatszerfalls zu kontrollieren.

Die Thinktank-Strategien betonen die Notwendigkeit, einen Kollaps im Iran aktiv zu gestalten, statt ihn einfach abzuwarten. Die HJS schlägt vor, dass westliche Staaten dringend eine Strategie zur Förderung von Defektionen aus der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC) und dem iranischen Militär entwickeln müssen, um im Falle eines Kollapses schnell Sicherheitsstrukturen zu etablieren (12). Der Gedanke dahinter ist, die Fehler der amerikanischen Invasion im Irak 2003 zu vermeiden, bei der die Zerstörung des Sicherheitsapparats zur weitreichenden Unordnung und Gewalt führte (12).

Strategen sind sich des inhärenten Risikos bewusst, dass ein Zusammenbruch ohne einen vorbereiteten Übergangsplan ein Vakuum hinterlassen würde, das regionale Akteure ausnutzen könnten, ähnlich der Annexion der Krim durch Russland (12). Daher wird die

Koordination mit Irans Nachbarstaaten empfohlen, um Grenzregionen zu stabilisieren und zur Gestaltung von Übergangsplänen beizutragen (12).

Sie postulieren sogar, die potenziellen Risiken eines iranischen Kollapses könnten geringer sein als die, die zum Chaos in Syrien oder Libyen geführt haben (13).

Lehren aus Vier Interventionen

Die zentrale Prämisse der Interventionsstrategie – dass der Sturz des iranischen Regimes zu Stabilität führen würde – wird durch die empirischen Befunde aus den wichtigsten post-interventionellen Staaten widerlegt (14). Diese Beispiele belegen, dass Rechtsstaatlichkeit und stabile Demokratien nach westlich-amerikanischen Interventionen in komplexen Gesellschaften nie nachhaltig Fuß fassen konnten.

Afghanistan (2001): Die Subordination der Demokratie

Die US-geführte Intervention in Afghanistan nach 2001 scheiterte fundamental, weil sie die Priorität auf die kurzfristigen Ziele des „Global War on Terror“ legte und nicht auf den Aufbau nachhaltiger liberal-demokratischer Institutionen (16). Die Architekten der Demokratisierung verfolgten einen „One Size Fits All“-Ansatz, der die politische Geschichte und die Komplexitäten der inneren Dynamik des Landes ignorierte (17). Die vom Westen unterstützten Regierungen erwiesen sich als inkompetent und korrupt (14, 18), während die Machtzentralisierung die Bevölkerung außerhalb der Hauptstadt entfremdete (19). Das Scheitern resultierte aus der Subordination des Staatsaufbaus unter militärische Expedienz (16).

Irak (2003): Die Zerstörung des Staates

Der Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003 führte nicht zur

Demokratie, sondern zum Zerfall des Staates (11).

Die anschließende Unsicherheit und die Zerstörung des staatlichen Sicherheitsapparates schufen die Bedingungen für das Aufblühen des Islamischen Staates (ISIS), was die regionale Sicherheitslage massiv verschlechterte (11,18). Der Aufbau eines demokratischen Staates erfordert zwingend die Wiederherstellung der grundlegendsten Staatsfunktionen wie die Aufrechterhaltung der Ordnung, bevor man Demokratie einführen kann (15). Die Architekten des „neuen Irak“ entwarfen letztlich einen undemokratischen Staat, gezeichnet von Inkompetenz und inhärenten Widersprüchen bei der Demokratieförderung (20).

Libyen (2011): Das unkontrollierte Machtvakuum

Die NATO-gestützte Militärintervention (Operation Unified Protector) im Jahr 2011 führte zwar zum Sturz von Muammar al-Gaddafi (21), enthüllte jedoch die extreme Gefahr eines nicht aufgefüllten Machtvakuum (22, 23).

Das Fehlen eines „Follow-up“ oder einer Strategie zur Integration der Milizen führte zum Zerfall des Landes in feindliche Gruppen und Clans. Die Libyer sind heute ärmer, stärker gefährdet und erleben in Teilen des Landes mehr politische Repression als unter Gaddafi (23).

Das Land verharrt in einem schwelenden Bürgerkrieg und wurde zum Spielball externer Mächte (18).

Syrien (2024): Externe Blockade des Aufbaus

Der Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 (24) lieferte einen aktuellen Beleg dafür, dass selbst das Ende einer Diktatur nicht automatisch zu Stabilität führt. Trotz Euphorie traten sofort strukturelle Risiken auf, darunter sektiererische Spannungen und

die Sorge säkularer Syrer hinsichtlich religiöser Ambitionen des neuen Regimes (25). Die größten Gefahren sind die externen Einflüsse: Die anhaltenden, lähmenden westlichen Sanktionen verhindern, dass die neuen Institutionen grundlegende Dienstleistungen liefern können (25). Hinzu kommen fortlaufende israelische Militärinterventionen, einschließlich Bombardierungen und der unilateralen Sezession von Territorium, welche die Bemühungen um bürgerliche Sicherheit und Staatsaufbau untergraben (25). Die Syrien-Lektion zeigt: Selbst indigener Regimewechsel kann durch externe Härte gezielt sabotiert und das Land zurück in die Diktatur gedrängt werden (25).

Die Verantwortung liberaler Kräfte im Westen

Angesichts der historischen Misserfolge und der inhärenten Risiken des extern erzwungenen Regimewechsels liegt die Verantwortung demokratisch-liberaler Kräfte im Westen darin, der Logik des Interventionismus entgegenzutreten und eine alternative, auf Verhaltensänderung fokussierte Strategie zu verfolgen.

Absage an die Hybris und Stärkung des Multilateralismus

Libérale Politiker müssen der Hybris widerstehen, dass militärische Gewalt zu stabilen, demokratischen Lösungen führen kann, eine Lehre, die tief in der amerikanischen und europäischen Psyche verankert sein sollte (26, 27).

Die Politik muss Multilateralismus und das Aushandeln von Abkommen — wie dem Atomabkommen — als

überlegene Option gegenüber militärischer Gewalt betrachten (28).

Die USA und Europa, gebrannt durch vorherige Erfahrungen, sollten vorsichtiger mit Interventionen umgehen, anstatt sich dem Eskalationskurs anzuschließen (29, 30).

Schutz des indigenen Wandels

Die Hauptaufgabe liberaler Kräfte ist es, der iranischen Zivilgesellschaft den Raum zu geben, ihre eigene politische Zukunft ohne die Gefahr externer Eskalation zu gestalten (9). Die ständige Drohung des Regimewechsels ist der zentrale Rechtfertigungspunkt für die Unterdrückung der Zivilgesellschaft durch das iranische Regime (10, 31). Indem westliche Mächte den Regimewechsel als Ziel explizit von der Agenda nehmen, eliminieren sie diesen Rechtfertigungsmechanismus und ermöglichen den inneriranischen Kräften, ihren Weg zur säkularen Demokratie fortzusetzen. Statt aggressiver politischer Liberalisierung von außen ist die Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und säkularer Bewegungen von innen heraus zu fördern (32).

Der Rahmen einer Dual-Track-Diplomatie

Statt Regimewechsel sollte eine umfassende diplomatische Initiative verfolgt werden, die das Verhalten des Regimes ändert (31, 13). Dieser multilaterale Rahmen, der regionale und globale Akteure wie die EU, China und Russland einbindet, sollte folgende Kernpunkte umfassen (31):

- 1 Sicherheitsgarantien: Glaubwürdige Zusicherung, dass weder die USA noch Israel einen Regimewechsel verfolgen werden.
- 2 Verifizierte Beschränkungen: Verifizierte Grenzen der Urananreicherung und ein glaubwürdiges Inspektionsregime.
- 3 Wirtschaftliche Normalisierung: Phasenweise Aufhebung der Sanktionen und Wiederherstellung kommerzieller Beziehungen als Gegenleistung für Compliance und die Reduzierung der Unterstützung für Proxy-Gruppen (31).

Die Katastrophe vor der Tür

Ein erzwungener Kollaps des iranischen Staates würde Risiken freisetzen, die aufgrund der Größe, ethnischen Vielfalt und militärischen Kapazität Irans die negativen Erfahrungen in Irak und Syrien in ihrer Dimension übertreffen.

Gefahr für die Bevölkerung und Kriegsrisiko

Die unmittelbare Gefahr für die iranische Bevölkerung liegt in der Aussicht auf Bürgerkrieg oder die Etablierung einer noch brutaleren Militärdiktatur unter den Revolutionsgarden (18).

Ein in die Enge getriebener, schwer angeschlagener Iran, der im Überlebenskampf steckt, ist unberechenbar (33). Im Falle eines tatsächlichen Kollapses könnten Pro-Regime-Kräfte und fragmentierte Oppositionsgruppen um die Macht kämpfen (34). Dies würde zu einer Balkanisierung entlang ethnischer Linien aus Kurden, Belutschen und Aserbaidshanern führen, was eine beispiellose Instabilität in der Region Naher Osten zur Folge hätte (34, 35).

Zudem könnte das Regime in Panik den Bau von Kernwaffen forcieren, um sich einen „Unantastbarkeitsanspruch“ nach dem Vorbild Nordkoreas zu sichern (18).

Proliferationsrisiko und transregionaler Terror

Noch gravierender ist das Risiko der Waffenproliferation. Wenn die staatlichen Kontrollmechanismen zerbrechen, besteht die Gefahr, dass kritische Waffen, darunter ballistische Raketen, Drohnen und sogar spaltbares Material, aufgrund des geografischen Kontrollverlusts frei in der Region zirkulieren könnten (34, 35).

Dies würde transregionale dschihadistische Gruppen stärken; der Islamische Staat in Khorasan (ISIS-K) würde eine größere geografische Reichweite erlangen und sich zu einer massiven Bedrohung für westliche Interessen entwickeln (34, 35).

Flüchtlingsdramen Richtung Westen und Osten

Ein Staatskollaps im Iran mit über 90 Millionen Einwohnern hätte eine humanitäre Krise globalen Ausmaßes zur Folge (34, 36). Iran ist bereits heute das größte Aufnahmeland für Flüchtlinge weltweit, hauptsächlich Afghanen und Iraker (37). Bei einem Bürgerkrieg würde ein doppelter Fluchtstrom ausgelöst: Millionen iranischer Zivilisten sowie die Destabilisierung der bereits im Land lebenden großen Flüchtlingspopulationen (37).

Beobachtungen zeigten, dass es bei Angriffen zu massiven Bevölkerungsbewegungen kam, bei denen

Millionen Einwohner Teherans Sicherheit suchten (38). Während sich der Fokus oft auf Routen Richtung Westen, also Türkei und Europa konzentriert, warnen Analysten, dass Millionen auch nach Osten in Richtung Zentralasien, nach Tadschikistan und Usbekistan fliehen könnten, was diese Länder an die Frontlinie der Krise bringen würde (36).

Die Glaubwürdigkeitskrise des Westens als Wertegemeinschaft

Die Verfolgung einer Politik des Regimewechsels auf Basis militärischer Destabilisierung verletzt die erklärten Werte des Westens als *Wertegemeinschaft* und führt zu einer strategischen Erosion seiner Position.

Die selektive Anwendung moralischer Maßstäbe, bei der bestimmte militärische Akte toleriert werden, während andere als absolut „barbarisch“ verurteilt werden (39), erzeugt den Eindruck der *Verlogenheit* (40) und untergräbt die moralische Autorität, die für jede glaubwürdige Außenpolitik essenziell ist (41).

Die aggressive US-Interventionsstrategie führt zudem zu einer Spaltung des Westens. Die strategische Abweichung zwischen den USA und Europa in Bezug auf Interventionsbereitschaft und Multilateralismus hat einen „gespaltenen Westen“ hervorgebracht (42). Ohne Glaubwürdigkeit als moralische Instanz verliert die EU ihre diplomatische Schlagkraft und findet weder in Teheran noch in Tel Aviv Gehör (43).

Zudem würde die offene Verletzung des Völkerrechts durch einen westlich unterstützten Regimewechsel BRICS-Mitglieder wie Russland und China empfindlich verärgern und die geopolitischen Konfliktlinien beschleunigen (34).

Schlussfolgerung und Ausblick

Die Analysen der historischen Interventionen in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien liefern einen eindeutigen empirischen Befund: Extern erzwungene Staatsbildung führt in komplexen Staaten in der Regel zu staatlichem Zusammenbruch, Anarchie und extremer Gewalt. Die Strategie, die auf militärischer Destabilisierung und der aktiven Herbeiführung des Regimewechsels im Iran basiert, ist daher moralisch unverantwortlich.

Die einzig verantwortungsvolle und erfolgversprechende Strategie ist die konsequente Abkehr von interventionistischer Hybris. Dies impliziert die sofortige Hinwendung zu einer umfassenden, multilateralen Diplomatie, zum *Dual-Track-Deal*, kombiniert mit der gezielten, friedlichen Unterstützung der indigenen säkularen und demokratischen Kräfte im Iran. Nur durch die Reduzierung der externen Bedrohung kann die iranische Bevölkerung den notwendigen Freiraum erhalten, um das Regime von innen heraus zu transformieren und so tatsächlich langfristige regionale Stabilität zu fördern.



David Parsian wurde im Iran geboren. Er studierte in Graz und Wien Politikwissenschaft, Zeitgeschichte, Orientalistik und Informationswissenschaft und ist seit 1992 an der Universität Wien tätig.